



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0866990

P/XIII/101 - 5. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	In der Bewegungsfreiheit eingeengt Zur Tagung der NATO-Aussenminister in Kopenhagen	47
2 - 3	Das Ghetto der Matadore Hintergründe der jüngsten Rede eines rheinischen Mercurianers	84
4 - 5	Nachruf auf Alfred Weber Von Dr. H. Rischbieter	100
6	Der Mann aus Ankara Zum Besuch des türkischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik	38
<u>Anhang I</u>	K o m m u n i q u é von der Tagung der SPD-Führungsgremien vom 2. bis 4. Mai 1958 in Berlin	63
<u>Anhang II</u>	Entwurf einer Entschliessung zur Wehrpolitik der SPD	156

* * * * *
* * * * *

In der Bewegungsfreiheit eingeengt

ler. Mit einer schweren Belastung gingen die Außenminister der NATO-Staaten in die Beratungen der Kopenhagener Konferenz hinein. Auf ihrer Tagesordnung befindet sich nicht das Thema, das zu einer Streitfrage allerersten Ranges in der Bundesrepublik geworden und das für viele Millionen Menschen in- und ausserhalb Westdeutschlands ein Alpdruck ist. Eine Diskussion darüber, ob es militärisch sinnvoll oder politisch schädlich ist, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten und auch andere Länder in den Teufelskreis der Atomkräfte einzubeziehen, wird es nicht geben; diese in ihren Auswirkungen unübersehbare Entscheidung wurde schon vor Monaten in Paris von den Verteidigungsministern der gleichen Staatengruppe gefällt. Hier vollzog sich vor den staunenden Augen der Welt eine Kapitulation des politischen vor dem rein militärischen Denken. Diese Tatsache setzt der Bewegungsfreiheit der Außenministerkonferenz recht enge Grenzen. Außenminister v. Brentano beilte sich denn auch, recht schnell zu demontieren, er käme etwa mit neuen Plänen und Initiativen in die dänische Metropole. Zu diesem düsteren Bild einer sterilen Entschlossenheit passt auch die amerikanische Absage an den Rapacki-Plan.

Was bleibt dann noch zu beraten übrig? Natürlich wird die Frage einer Gipfelkonferenz auch in Kopenhagen eine bedeutsame Rolle spielen. Es wird sicher nicht an redlichen Bemühungen fehlen, der Welt zu bekunden, man wolle auch die "Entspannung und den weltpolitischen Ausgleich; in der Wirklichkeit von heute zählen jedoch nicht Allgemeinplätze. Auf die richtigen Einsichten und auf die Entschlossenheit, ihnen auch Geltung zu verschaffen, kommt es an. Gewiss haben die Vereinigten Staaten im Propagandakrieg gegen die Sowjetunion nach einer Reihe von Schlappen einen Punktsieg erzielt; aber was hat dieser schon heute zu bedeuten? Ein propagandistischer Punktsieg ersetzt noch keine Politik. Die Vereinigten Staaten sind zwar bereit, sozusagen als Beginn des Anfangs einer international kontrollierten Abrüstung die Eisgebiete des Nordpols einem Kontrollsystem zu unterwerfen und die Antarktis zur Neutralitätszone erklären zu lassen, um der Sowjetunion die Furcht vor einem Überraschungsangriff zu nehmen.

Reicht ein solcher Vorschlag, so ehrlich er auch gemeint sein mag, heute noch wirklich zu einem ernsthaften Gespräch mit der Sowjetunion aus? Moskau fürchtet weniger einen direkten Angriff der USA über die Eiswüsten hinweg, als vielmehr die Gefahren, die sich an seinen westlichen Grenzen durch die Ausstattung westlicher Armeen mit nuklearen Waffen ergeben. Nikoju hat es deutlich in Bonn gesagt: Der Rapacki-Plan ist für uns ein Minimum. Kein Mensch kann einsehen, warum man diesen Plan nicht zum Ausgangspunkt einer auf weite Sicht hin wirklichen Entspannung machen sollte. Das offizielle Bonn ist von einem solchen Plan nicht entzückt. Es sieht in ihm eine Mausefalle. Wer so denkt, verzichtet von vornherein auf eine elastische, den Gegebenheiten von heute angepasste Politik. Die Tagung der NATO-Außenminister in Kopenhagen mag vielleicht zu einer inneren Stärkung der NATO führen, aber weltpolitisch wird sie kaum zur Entspannung beitragen.

Das Ghetto der Matadore

G.H. Die Offenbarung von Tauberbischofsheim, wo der Kopf des "Rheinischen Merkur", Herr Paul Wilhelm Wenger, seine, seines Blattes und seiner Hinterzänner "Europa-Konzeption" unter rauschendem Beifall vor der CDU-Landeskonferenz darlegte, war nur die letzte verräterische Frucht an einem vor zehn Jahren schon gepflanzten Baum, dessen Äste sich über das wiedererstandene "Reich Karls des Grossen" ausbreiten sollten: es war die restaurativ-reaktionäre Konzeption von einem Ghetto, einer mit den Waffen "dieser Welt" stärkstens zu bestückenden Festung, von der aus "das christliche Abendland" verteidigt und gettet werden sollte.

Diese ideologische Grund-Illusion ist das geistig-geistliche Fundament des "Rheinischen Merkur" und der - starken und massgeblichen! - Kreise: innerhalb des Lagers der CDU, von der her sich alles andere von selbst, als logische Konsequenz, ergibt:

Die "Verteufelung" der Welt ausserhalb dieses Ghettos; die "Kreuzugs-Mentalität" der Streiter des "christlichen Lagers"; die focierte Bestückung der Festung aus dem atlantischen Arsenal; ihr permanenter Alarmzustand ("die Lage war noch nie so ernst"); und endlich die ideologische Verräterei, dass die "gottgewollte" Ghetto-Ordnung auch die Volksbrüder jenseits der Elbe aufzuopfern bereit sein müsse!

Dieses Fundament ist seit langem gelegt und hat fort und fort die Geister aus sich entlassen, die sich nun zu matadorischem Unheil zusammenballen. Hat man vergessen, dass der "Rheinische Merkur" als die erste aller Stimmen schon im Jahre 1948 (!) nach der Wiederbewaffnung des westdeutschen Provisoriums rief? Weiss man nicht mehr, dass der gleiche "Rheinische Merkur" schon im Jahre 1952 als Hauptaufgabe der westdeutschen Politik "die Abtötung des Marxismus" hinausposaunte, worunter bei diesen Geistern natürlich jede Art von Sozialismus gemeint ist und bewusst - wie jetzt der Verteidigungsminister Strauss - die Begriffe Sozialismus und Bolschewismus miteinander austauschte? Erinnert man sich nicht mehr an die Ural-Rede des Staatssekretärs Hallstein in den USA, in der er es als Aufgabe der westeuropäischen Festungskommandantur bezeichnete, das "Glacis" bis zum Ural hin neu zu ordnen? Gedenkt man nicht mehr der Hunnen-Attacke, die der Aussenminister v. Brentano seinerzeit auf dem Lechfeld vor Augsburg geritten hat? Hat man nicht mehr im Bewusstsein die mannigfachen Tiraden des Bundestagsvizepräsidenten Dr. Richard Jäger, eines Haupteinpeitschers der Ghetto-Ideologie und glühenden Werbers für den "Rheinischen Merkur"? Hat man nicht mehr im Ohr die Drohung des Verteidigungsministers, dass Russland gegebenenfalls "ausradiert" werden könnte?

All diese Ausserungen sind ganz konsequente "Ausfälle" einer Festungsmentalität. Entlarvt hat diese Mentalität mit grosser Beharrlichkeit und in immer neuen Ansätzen der Wiener katholische Historiker

5. Mai 1958

Friedrich Heer, dessen Buch : "Sprechen wir von der Wirklichkeit!" (im Verlag Glock und Lutz) gar nicht genug empfohlen werden kann dem, der diese Mentalität genauer studieren will.

Nun sind sogar gläubige Christen tief erschrocken über Wengers "Verrat", und hätten doch seit Jahr und Tag Grund genug gehabt, sich einmal über das Fundament der CDU-"Politik der Stärke" klar zu werden, das von Anfang an auch auf den Grundpfeiler eines "konfessionell-separatistischen Limes mitten durch Deutschland" gegründet war, wie nun sogar ein Blatt wie "Christ und Welt" (Stuttgart) mit Ingrimm feststellen musste.

Erst war es der Abgeordnete Peter Kellen, dem sein Gewissen keine Ruhe liess; er hatte in jener denkwürdigen Sitzung über den § 25 des Wehrgesetzes (Kriegsdienstverweigerung) den Mut, auf die Bagatellisierung, ja Exstirpierung des Gewissens zugunsten eines staatsrationalen Gnettdenkens hinzuweisen. Dann war es in diesem Jahre der Münstersche Professor Hagemann, der über "die Matadorisierung" der Festung in tiefster Seele erschrak; und nun ist der ehemalige Botschafter Schlange-Schönningen so weit gegangen, den Kanzler selbst herauszufordern und von ihm Rechenschaft zu verlangen über den "Verrat" Wengers an den Brüdern jenseits der Elbe.

Die Offenbarungen von Tauberbischofsheim hätten keine Offenbarungen zu sein brauchen, wenn man sich seit zehn Jahren nicht "ertaubt" gezeigt hätte gegen alle Hinweise, die immer wieder von besten Kennern der CDU-Politik gegeben wurden. Hätte man auf sie achtgegeben, dann hätte man längst kommen sehen, dass die Festung bei der Matadorisierung enden würde, in die Angst und Hass sie kraft innerer Gesetzlichkeit hineintreiben mussten.

Es ist eine gnädige Fügung, dass noch in letzter Stunde, nein, in letzter Minute, an den Erklärungen Wengers die Geister erwacht zu sein scheinen. Sie mögen sich nun die "Rechenschaft" geben, die der grösste Mahner unserer Dekade, Reinhold Schneider, schon 1950 so grossartig gegeben hatte (man lese sein kleines Buch unter diesem Titel, im Johannesverlag, Einsiedeln, Schweiz). Diese Rechenschaft der Geister wird hoffentlich zur notwendigen, unausweichlichen "Scheidung der Geister" führen, denn es gibt wahrlich hier keinen mittleren Weg eines faulen Kompromisses, der sich bei einer parteiantlichen "Distanzierung" von Herrn Wenger genügen lässt. Diese würde ganz und gar nicht genügen, weil, wie dargelegt, Wenger ja zur eins, die Letzte, Frucht an einem Giftbaum ist, der nun entweder umgepfropft oder ausgerissen werden muss.

Nachruf auf Alfred Weber

Am Freitag vergangener Woche ist Alfred Weber in Heidelberg gestorben. Er ist 89 Jahre alt geworden. Kaum vorstellbar, welche Fülle sein Leben umspannte. Er wuchs auf in Berlin; im Hause seines Vaters, der nationalliberaler Reichstagsabgeordneter war, verkehrte noch Theodor Mommsen. Es war ein reiches, großbürgerliches Haus, in dem kulturge-sättigte, freiheitliche Luft wehte. Wie selbstverständlich wächst Alfred Weber im Schatten seines genialen, älteren Bruders Max - zum Gelehrten heran, wie fast die ganze zweite und dritte nachliberale Generation macht er die Wendung von der Spekulation, von den Ideen, von der Politik zur exakten Forschung, zur Realität, zur Wirtschaft mit. Er studiert Nationalökonomie, Lajo Brentano lehrt ihn den Zusammenhang zwischen sozialen und ökonomischen Problemen sehen, der Mensch ist für ihn immer wesentlicher Träger des wirtschaftlichen Geschehens geblieben. Immer noch hinter seinem Bruder Max ist er Wortführer im professoralen "Verein für Sozialpolitik", als 36-jähriger (1904) wird er ordentlicher Professor der Nationalökonomie in Prag. Mit seinem Buch von 1908 "Über den Standort der Industrien" begründet er einen neuen Wissenschaftszweig, die industrielle Standortlehre. Ein Jahr vorher, 1907, ist er nach Heidelberg berufen worden, hier hat er endgültig, bis an sein Lebensende, Wurzeln geschlagen.

Die erste, folgenreiche Erschütterung seines wissenschaftlichen, seines politischen Weltbildes bringt der erste Weltkrieg mit sich: in dem bitteren Streit zwischen Annektionisten und Anhängern des Verständigungsfriedens, zwischen denen, die den uneingeschränkten U-Boot-Krieg fordern und denen, die vor ihm warnen, steht er auf der Seite der letzteren. Das liberale Erbe seines Vaters beginnt zu wirken, Alfred Weber ist 1918 Mitgründer der Deutschen Demokratischen Partei. Die Zwanziger Jahre sind Jahre der Lehre in seinem Spezialfach, gleichzeitig aber auch Jahre der Erweiterung des eigenen geistigen Horizonts. Alfred Weber wächst, nach dem allzufrühen Tod des Bruders aus dessen Schatten gerückt, aus dem Spezialfachlichen ins Universale. Von der Nationalökonomie aus, ihre Wirklichkeitsschwere nicht vergessend, breitet er seine Studien in die Gebiete der Geschichte, der Soziologie, der Politik aus. Er durchforscht die Vergangenheit, um sich der Gegenwart bewußter zu werden. Er sucht den historischen Prozeß zu erkennen, um die möglichen Richtungen der zukünftigen Entwicklung aufzuzeigen. Er entfernt sich immer mehr vom Typ des weltfernen, Neutralität für Objektivität ausgebenden deutschen Gelehrten, dessen politische Abstinenz zur politischen Unreife, schließlich zur politischen Willfährigkeit entartet. Alfred Weber dagegen schreibt in der Vormerkung zu seinem 1925 erschienenen Buch "Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa" den bemerkenswerten Satz: "Diese Schrift ist das Kind eines bestimmten politischen Wollens".

Welchen politischen Wollens? Weber stellt in diesem Buch dar, wie die Trennung von Staat und Gesellschaft, die verknöchernde Institutionalisierung und starre rechtliche Fixierung des Staates, seine Isolierung von den Veränderungen des Soziallebens, zu Spannungen führt, die schließlich den Staat als Rechtsanstalt zerstören und an seine Stelle das Kommando totalitärer Zwangsorganisation über Staat und Gesellschaft setzen. Weber erkennt, daß es dauernde politische Aufgabe ist, Gesellschaftsstruktur und Staatsaufbau immer neu zur Deckung zu bringen, daß hierin das Wesen und die Aufgabe der Demokratie besteht.

5. Mai 1958

1933 wird Alfred Weber, als Demokrat untragbar, emeritiert und von Hitler zum Schweigen verurteilt. Von der Tagesarbeit abgeschnitten, widmet er sich universalhistorischen Forschungen.

1946, nach dem deutschen Zusammenbruch, meldet er sich sofort wieder zu Wort. "Abschied von der bisherigen Geschichte" heißt seine Forderung. Er konstatiert: Der Schwerpunkt der Weltpolitik und damit der Weltgeschichte ist aus Europa weggerückt, ein Epocheneinschnitt, tiefer als der am Ende des Mittelalters, droht. Die Menschheit tritt aus dem Zeichen des dritten in das des vierten Menschen. An die Stelle der auf Freiheit und Herrschaft (auf die Wechselbeziehung beider Prinzipien) gegründeten Ordnung kann eine neue, eine Zwangsordnung treten, der technisch und organisatorisch mögliche Ameisenstaat, in dem der Einzelne nur noch funktioniert, wo für Selbstbestimmung und Spontaneität kein Raum mehr ist. Gehörte also Alfred Weber zu der großen Zahl kluger Köpfe, die aus ihrer Hilflosigkeit und ihrem Ressentiment der industriell bestimmten Massengesellschaft gegenüber "kulturkritisches" Kapital schlugen? Keineswegs. Sein Blick reicht weiter. Er erkennt auch die Vorzüge der Massengesellschaft: die Chance für viele, vom bloßen Vegetieren zur Teilhabe an dem, was er Kulturprozeß genannt hat, aufzusteigen.

Das Entscheidende an seinem Denken ist, daß er den prozeßhaften Charakter der Gesellschaft betont. Es ist immer alles im Werden, und es kommt darauf an, so viele Menschen wie möglich an der Entscheidung darüber zu beteiligen, was werden wird. Er bekennt sich zum Sozialismus, das heißt für ihn: mit den immensen technisch-organisatorischen Mitteln der Gegenwart, in freiem Zusammenwirken, vorausschauend und planend, die Chancen der Freiheit und Selbstbestimmung wahrzunehmen.

So ist auch seine inzwischen historisch gewordene (das heißt fortwirkende) Stellungnahme in der Kontroverse über den Platz der Gewerkschaften im Staate zu verstehen: Nach seiner Meinung haben die Gewerkschaften, als demokratisch aufgebaute Massenorganisation notwendiger Teil des Gesamtprozesses der Gesellschaftsentwicklung, das Recht, ja die Pflicht, mit Bewußtsein und Klarheit an diesem Prozeß mitzuwirken.

Ein reiches, langes Leben, eine große Zahl von Schülern, entscheidende, vom großen universalen Überblick her konzipierte Gedanken zur Situation der Gegenwart - Alfred Weber ist tot, aber er kann unsere Zukunft mitbestimmen, die Zukunft, die nach seinen Worten "Resultat unserer Spontaneität, unseres Wollens" ist.

Der Mann aus Ankara

H.D.E. - Am 7. Mai wird in Bonn das Staatsoberhaupt der türkischen Republik, Cedâl Bayar, zu einem dreitägigen Besuch in Bonn ein treffen. Der heute 75-jährige Politiker gehört zu den Mitbegründern der modernen Türkei. Ihm, einem der engsten Freunde Kemal Atatürks, verdankt das Land vor allem die Grundlagen einer, im westlichen Sinne aufgebauten Wirtschaft. Seine Jahre als Wirtschaftsminister der Türkei zählen zu den wichtigsten, gelang es ihm doch, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den europäischen Industrienationen anzuknüpfen, die noch heute zu den entscheidenden Faktoren türkischer Außenhandelspolitik zählen.

Cedâl Bayar entstammt einer Familie, die ursprünglich in Plewna ansässig war, sich aber später in einen kleinen Ort, nahe des Golfes von Gemlik begab, wo der Vater als Rektor der Volksschule tätig war. Nach mehrjährigem Wirken an verschiedenen Banken, darunter an einer Zweigstelle der deutschen Orient-Bank, wurde der junge Bayar in die kriegerischen Ereignisse verwickelt, die kurz nach dem 1. Weltkrieg den Bestand der Türkei zu zerstören drohten. Er zeichnete sich im Kampf gegen die griechischen Invasionsarmeen aus, die damals bei Izmir gelandet waren. Als Abgeordneter im Parlament von Istanbul wurde er bald zu einem der bedeutendsten Redner. Eine wichtige Rolle fiel ihm als interrimistischer Außenminister seines Landes bei den Friedensverhandlungen in Lausanne zu, wo die türkische Republik ihren anatolischen und europäischen Bestand wahren konnte.

Die Todesstunde des Vaters der modernen Türkei, des Kemal Atatürk, fand Cedâl Bayar als Ministerpräsident. Er widerstand der Versuchung sich zum alleinigen Herrscher des Landes aufzuschwingen und trat nach der Wahl Ismet İnönüs zum Staatspräsidenten zurück. Wenige Jahre später traten er und sein engster Freund Achmet Menderez, der derzeitige Ministerpräsident der Türkei aus der von Atatürk begründeten Republikanischen Volkspartei aus und fanden sich mit gleichgesinnten politischen Freunden in der Demokratischen Partei, die bis zu den Wahlen 1950 als Opposition wirkte. Diese Wahlen aber brachten der Opposition die absolute Mehrheit. Achmet Menderez bildete die neue Regierung und Cedâl Bayar übernahm das höchste Amt der Republik, die Würde des Staatspräsidenten.

Es war ein langer Weg von Ost-Rumelien bis nach Ankara. Ein Weg der Härte und der Leiden. Er wurde von einem Mann begangen, von dem Atatürk einst sagte, er sei einer der besten und edelsten Türken.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel

5. Mai 1958

Anhang I

K o m m u n i q u e
von der Tagung der SPD-Führungsgremien
vom 2. bis 4. Mai 1958 in Berlin

Die SPD-Führungsgremien, die unter dem Vorsitz des Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, zur vorletzten Sitzung vor dem Stuttgarter Parteitag in Berlin zusammengetreten waren, verabschiedeten nach längeren Beratungen die Empfehlungen der Siebenerkommission zur Reorganisation der Parteispitze und zur Aktivierung der Parteiorganisation. Die Vorlage geht zur endgültigen Beschlußfassung an den Stuttgarter Parteitag. Das Kernstück der empfohlenen Statutenänderungen, zu denen Vorstandesmitglied Alfred Nau die Erläuterungen gab, sieht eine Wahl von zwei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden vor, ferner die Bildung eines Parteipräsidiums aus der Mitte des gewählten Vorstandes heraus, das die laufenden politischen und organisatorischen Geschäfte zu führen hat und die Schaffung eines Parteirates, der mindestens alle drei Monate zusammentreten soll.

Einstimmig nahmen die Führungsgremien einen Appell an die in Kopenhagen am 5. Mai 1958 stattfindende Konferenz der Außenminister der NATO-Staaten an, die Bemühungen um Entspannung und Abrüstung zu intensivieren und von einer Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen Abstand zu nehmen.

Erich Ollenhauer erstattete einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige politische Lage unter besonderer Berücksichtigung des Besuches des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Mikojan, in der Bundesrepublik. In einer freimütigen und offen geführten Aussprache haben die sozialdemokratischen Gesprächspartner dem sowjetrussischen Staatsmann ihre Auffassung über die Notwendigkeit von Abrüstung und Entspannung dargelegt. Der Besuch sei wertvoll und nützlich gewesen.

Als Auftakt zur gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission, hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Situation in Westberlin gegeben. Mit großer Zuversicht, äußerte Brandt, gehe die Berliner Sozialdemokratie den Wahlen zum Abge-

5. Mai 1958

ordneten von Berlin am 7. Dezember 1958 entgegen: Die Entscheidung werde zwischen der SPD und der CDU fallen.

Innenminister a.D. Dr. Menzel berichtete über die angelaufene und beabsichtigte Kampagne im Rahmen der Aktion gegen den Atomtod. Diese Aktion, stellte Menzel fest, werde gerade von vielen Wissenschaftlern und Schriftstellern unterstützt; sie finde eine große Resonanz bei allen geistig beweglichen Schichten unseres Volkes und auch starke Beachtung im Ausland. Mit Empörung protestierte die Tagung gegen das Vorgehen der Münchener Staatsanwaltschaft und Polizei gegen den Münchener Ausschuß und seinen Vorsitzenden, den Schriftsteller Hans Werner Richter. Dieses Vorgehen erweckt den deutlichen Eindruck, daß es sich dabei um eine politische Angelegenheit handle, die unter dem Vorwand formaljuristischer Maßnahmen erfolgte. Die Münchener Polizeiaktion muß auch im Lichte der Erklärungen der Bundesregierung gesehen werden, die Bestrebungen im Kampfe gegen den Atomtod mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Der gemeinsamen Sitzung der Führungsgremien ging eine Tagung des Parteivorstandes voraus, in der Bundestagsabgeordneter Wienand über den von einem Sonderausschuß entwickelten Entwurf einer Entschlieöung zur sozialdemokratischen Wehrpolitik berichtete. Dieser Entwurf, über den sich eine rege Aussprache entspann, geht als ein Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag in Stuttgart. Der Entwurf enthält die Forderung nach der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und den Verzicht der Bundesrepublik auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, außerdem das Verlangen, keine weiteren Länder mehr mit Atomwaffen auszurüsten. (Siehe Anhang II)

Zustimmend äußerte sich der Parteivorstand zu dem Gedanken eines Besuchsgruppenaustausches unter bestimmten Voraussetzungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockländern. Diese Zustimmung ändert aber nichts an der ablehnenden Haltung zu allen Angeboten der SED.

Der Universität Heidelberg entsandte der Parteivorstand anlässlich des Todes ihres hervorragenden Mitgliedes, Alfred Weber, ein Beileidstelegramm.

Dem schwererkrankten stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Mellies sandte die Konferenz die besten Grüße.

Anhang II

Zur Dokumentation

Entwurf einer Entschliessung zur Wehrpolitik.

=====

Diese Entschliessung umreisst die sozialdemokratische Wehrkonzeption. Einstimmig hat der sozialdemokratische Parteivorstand beschlossen, sie dem Parteitag in Stuttgart zur endgültigen Beschlussfassung zu empfehlen.

A. Die Lage.

Durch die jüngsten Entscheidungen der Aderauer-Regierung und der sie tragenden politischen Kräfte ist das geteilte Deutschland in das atomare Wettrüsten hineingezogen worden. Damit wird die tödliche Gefahr, welche die Menschheit angesichts der beiden hochgerüstet einander gegenüberstehenden Machtblöcke bedroht, vergrössert. Die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik gibt das Signal für eine Ausdehnung dieser Art des Wettrüstens auf weitere Staaten und Völker.

Mit dieser Entscheidung darf sich das deutsche Volk nicht abfinden. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 15. September 1957 hat der Bundesregierung kein Mandat zur Mitwirkung am atomaren Wettrüsten gegeben. ... Angesichts der Bedrohung unserer Existenz ruft die deutsche Sozialdemokratie unser Volk dazu auf, sich dem Atomwettrüsten mit allen Kräften zu widersetzen.

B. Das Ziel.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Bewahrung des Friedens und für die Sicherung der Freiheit nach innen und außen. Sie ist sich bewußt, daß es ohne eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, ohne die Ausschaltung der Massenvernichtungsmittel und ohne die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit keine Sicherheit für unser Volk und keine dauerhafte Entspannung in der Welt geben kann.

Die Sozialdemokratische Partei ringt darum, daß auch in den Beziehungen der Völker zueinander das Faustrecht abgelöst wird durch die Herrschaft des Rechts, durch Gesetz und Vertrag und ihre Durchsetzung durch Gericht und Polizei. Deshalb müssen die Bemühungen der internationalen Politik auf die Herstellung einer Friedensordnung gerichtet sein, in welcher die Vereinten Nationen über ausreichende Machtmittel verfügen, um den Frieden zu bewahren.

C. Das wiedervereinigte Deutschland.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird nicht militärisches Aufmarschgebiet der einen Seite gegen die andere sein können. Deshalb kann es keinem Militärblock angehören. Das wiedervereinigte Deutschland wird im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und zur europäischen Sicherheit mit finanziellen und militärischen Leistungen beitragen. Deutschland und seine Nachbarn werden einer vertraglich vereinbarten Begrenzung und Kontrolle ihrer Streitkräfte zustimmen müssen, wenn überhaupt eine dauerhafte Friedensordnung in Europa geschaffen werden soll.

Die Vereinbarungen der europäischen Teilnehmerstaaten über Zahl und Bewaffnung ihrer Streitkräfte müssen in die zwischen den Weltmächten zu treffenden Vereinbarungen über deren Rüstungsstand eingepaßt werden. Darüber hinaus würden die Weltmächte eine Garantie für die zu schaffende europäische Friedensordnung geben, weil die Sicherung des Friedens in Europa auch in ihrem Interesse liegt.

D. Der Weg zur europäischen Friedensordnung.

Eine solche europäische Friedenssicherung ist nur zu erlangen, wenn das atomare Wettrüsten beendet wird. Deshalb muß die deutsche Politik alle Bemühungen auf Abrüstung unterstützen und alles unterlassen, was das atomare Wettrüsten fördert. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihren Einfluss geltend machen, damit sich die Weltmächte über die notwendigen Schritte zur Beendigung des Wettrüstens und zur Herabsetzung des Rüstungsstandes verständigen.

Dazu gehören:

die Einstellung der Versuchsexplosionen,

der Verzicht auf die Hereinziehung weiterer Staaten in das Atomwetrüsten,

Abreden über die kontrollierte Begrenzung bestimmter Waffen und der Heeresstärken

sowie auch Abreden über die kontrollierte Begrenzung der Rüstungen in bestimmten Gebieten,

vor allem die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Abzug fremder Truppen aus diesem Gebiet und Vereinbarungen über den eigenen Rüstungsstand der Länder darin.

E. Wehrpolitik im gespaltenen Deutschland.

Die Spaltung Deutschlands bildet eine ständige politische und militärische Gefahr im Herzen Europas. Auch solange Deutschland gespalten ist, muß die Politik der Bundesregierung der Sicherheit des ganzen deutschen Volkes dienen, also einschließlich der Deutschen jenseits der Demarkationslinie. Sie dürfen nicht der vermeintlichen Sicherheit der Bewohner der Bundesrepublik aufgeopfert werden.

Die Außen- und Wehrpolitik der Regierung Adenauer hat die internationalen Spannungen verschärft und die Spaltung unseres Landes vertieft. Gerade in einem gespaltenen Land muß aber die Politik alles tun, um die Wiedervereinigung des Landes in gesicherter Freiheit zu ermöglichen, und alles unterlassen, was dieses Ziel gefährden könnte. Deshalb widersetzt sich die Sozialdemokratische Partei einer Politik, welche die Hälfte unseres Landes systematisch in einen Militärblock einschmilzt. Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich auch jener Politik, die darauf ausgeht, der Bundesrepublik durch den Griff nach den Atomwaffen zu einer militärischen Großmachtstellung zu verhelfen. Je größer durch ein Übermaß an Rüstungen die militärische und strategische Bedeutung der Teile Deutschlands in den einander gegenüberstehenden Militärblöcken wird, desto größer ist die Gefährdung der Menschen in diesem Raum und desto größer ist das Interesse der beiden Blöcke an der Aufrechterhaltung der Spaltung.

Nur wenn die jetzige Außen- und Wehrpolitik durch eine andere auf Entspannung und Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit gerichtete Politik abgelöst wird, läßt sich überhaupt eine sinnvolle Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland gestalten. Mit Atomwaffen kann man Deutschland nicht verteidigen, sondern nur vernichten. Jede Verteidigungemaßnahme verliert ihren Sinn, wenn sie zu nichts anderem führt, als das zu schützende Volk auszulöschen.

Dieser Zusammenhang zwingt gerade die Soldaten zum Nachdenken. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft zwar die der Wiedervereinigung unseres Landes und der Beendigung des Wettrüstens abträgliche Politik der Bundesregierung. Sie weiß aber, daß nur die Regierung und die sie

tragenden politischen Parteien für diese Politik verantwortlich sind und nicht etwa die Soldaten der Bundeswehr, die ihre Aufgabe auf Grund geltender Gesetze zu erfüllen haben.

Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich dem Mißbrauch der Bundeswehr für parteipolitische Zwecke. Die bewaffneten Kräfte müssen ein Bestandteil unserer demokratischen Ordnung sein. Deshalb muß ein Vertrauensverhältnis zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes bestehen. Die sozialdemokratische Politik schützt die Soldaten vor jedem Mißbrauch für innen- oder außenpolitische Abenteuer, deren Folgen sie und ihre Angehörigen mit dem gesamten Volk zu tragen hätten.

Eine vom Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei getragene Regierung muß bei den westlichen Vertragspartnern Verständnis für diejenigen Änderungen der geltenden Verträge und der zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen erreichen, welche im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Sicherheit unbedingt erforderlich sind.

Solange Deutschland trotz aller Bemühungen noch nicht wiedervereinigt ist, wird die Landesverteidigung der Bundesrepublik den dadurch bedingten politischen Notwendigkeiten und den wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt werden müssen. Das weltpolitische Kräfteverhältnis wird entscheidend durch die Macht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestimmt. Ausmaß und Art der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik können sich nicht nach dem Rüstungsstand der Weltmächte richten. Auch ohne den Ausbruch eines atomaren Vernichtungskrieges kann die Bundesrepublik Deutschland Gegenstand örtlicher Übergriffe und Angriffe auf ihr Gebiet werden. Deshalb muß die Bundesrepublik ein angemessenes Verhältnis ihrer eigenen Verteidigungsanstrengungen zu denen ihrer unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zu den deutschen militärischen Kräften auf der anderen Seite der Demarkationslinie, einhalten. Für diese Aufgabe eignet sich eine zahlenmäßig begrenzte, dafür aber bewegliche und gut ausgebildete Truppe aus Freiwilligen viel besser, als ein Massenhäer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrpflicht muß zudem wegen ihrer politischen Auswirkungen im gespaltenem Deutschland weiterhin abgelehnt werden. Für ihre Schutz- aufgabe darf die Truppe nicht mit jenen Mitteln ausgestattet werden, welche nicht schützen, sondern nur zerstören können: Atomwaffen und Atomraketen. Eine Truppe, die in Umfang und Ausstattung den in dieser Entschließung des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargelegten deutschen Notwendigkeiten angemessen ist, bedarf im Falle eines militärischen Notstandes zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Entlastung. Hierfür wären ortsgebundene Einheiten aus vorher kurzzeitig auszubildenden Freiwilligen erforderlich. Ihnen obliegt die Sicherung von Wohnplätzen, Verkehrswegen, Industrieanlagen und allen der Versorgung der Bevölkerung dienenden Einrichtungen.

Die Sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß eine einer Politik der Entspannung und der friedlichen Wiedervereinigung entsprechende Landesverteidigung, die in der geschilderten Weise reinen Schutzcharakter hat und nicht zu Angriffshandlungen mißbraucht werden kann, auf die freiwillige Mitwirkung der Bürger unseres Landes und auf die Unterstützung aller demokratischen Kräfte rechnen kann.